

BESCHLAGNAHMEAKTION UND STRAFBEFEHL

GEGEN DAS FLUGBLATT:

Das Flugblatt des WESTBERLINER KOMMUNIST "Ein weiteres Opfer des staatlichen Terrors", das zu der Ermordung von Klaus-Jürgen Rattay beim Räumungseinsatz in der Bülow-Straße am 22. September 1981 Stellung nimmt, wurde beschlagnahmt und die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des WESTBERLINER KOMMUNIST mit einem Strafbefehl belegt.

Schon im Oktober leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" ein und erwirkte einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß. Durchgeführt wurde dieser jedoch - wohl nicht zufällig - erst im Dezember, nach der damaligen Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen des Todes von K.-J. Rattay. Im Februar 82 schickte das Gericht einen Strafbefehl über 1.800 DM, gegen den E.H. Karge Einspruch erhoben hat.

In welchem Zusammenhang steht dieses Vorgehen des westberliner Staatsapparats?

Nach der Räumungsaktion und dem Tod von K.-J. Rattay haben die Herrschenden in Westberlin, wie nicht anders zu erwarten, alle ihre Organe von den Bourgeois-Parteien SPD/FDP/CDU über die "unabhängige" Justiz bis hin zu den (Polizei-)Berichtserstattern in den Medien in Bewegung gesetzt, um sich und ihre polizeilichen Knüppelgarden von jeder Verantwortung reinzuwaschen.

Neben den durchsichtigen Abwiegelmännern wie der Farce eines nach kurzer Zeit wieder eingestellten Ermittlungsverfahrens oder einiger Krokodilstränen verbeamteter "Dialog-Sucher" zeigte sich aber auch, daß die einkalkulierte Tötung von Demonstranten bei Polizeieinsätzen zur Einschüchterung und "Warnung" aller dienen soll, die gegen das kapitalistische System oder auch nur gegen einige

ZUM TOD VON KLAUS RATTAY:

EIN WEITERES OPFER DES STAATLICHEN TERRORS

Nachdem in den letzten Jahren im Zuge der "Terroristen"-Hatz Revolutionäre wie Georg von Rauch und Tommi Weißberger mit Todesstrafe "verhaftet" wurden, begegnen die Herrschenden in Westberlin zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte einer breiten Protestbewegung mit der FORDERUNG EINER DEMONSTRATIONEN.

* BENNO OHNESORGE sollte sterben, weil die SPD-Neubauer-Knüttelgarden...

die Freiheit der Knüttelgarden ist, einer Demonstranten in den Tod zu knütteln.

Nicht Freiheit und Demokratie, sondern Aktion auf der ganzen Linie, das ist das wahre Gesicht des Imperialismus!

Gerade diese Versuche der mit der...

seiner Eiterbeulen kämpfen und ihren Protest auf die Straße tragen. Das Vorgehen der Polizei bei der versuchten Hausbesetzung in der Goebenstraße, bei der im Februar dieses Jahres wieder Demonstranten gezielt in den fließenden Verkehr geknüttelt wurden, zeigt, daß die Vorgänge, die zum Tod von K.-J. Rattay führten, kein einmaliger Übergriff, kein "Exzess" einiger übereifrigen Polizisten waren. Hinter solchen Einsätzen steckt System; sie sind Teil der in den letzten Wochen und Monaten forcierten "Abschreckungsstrategie", in die sich die Verurteilungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen am 22. September und danach, das sogenannte Vermummungsverbot, die Überfälle der "Sondereinsatzkommandos" auf Demonstrationen mit gezielten und wahllosen Verhaftungen einreihen. In diesem Rahmen steht auch die Beschlagnahme unseres Flugblattes und die "Bestrafung" der presserechtlich Verantwortlichen.

Was erregt den Unmut der Staatsanwälte und Richter?

Im Strafbefehl hat sich die Staatsanwaltschaft die Mühe gemacht, fast unser gesamtes Flugblatt als "Beweis" für "rechtswidrige Taten", "nämlich zur Begehung von Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruch, öffentlich durch das Verbreiten von Schriften, aufgefordert zu haben", zitiert. Insbesondere aber erscheint ihr die Feststellung strafwürdig, daß die Marxisten-Leninisten es selbstverständlich nicht als ihre Aufgabe betrachten, den Kämpfenden zuzurufen: "Laßt ab von diesen Kämpfen, sie bringen nichts!", sondern klar feststellen: "Gewaltsamer Widerstand ist berechtigt."

Stein des Anstoßes ist also offenkundig eben diese eindeutige Parteinahme des Flugblattes für den militanten Widerstand, die Zurückweisung jener händeringend nach "Vernunft und Mäßigung auf beiden Seiten"

rufenden Distanzierung von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem imperialistischen Staatsapparat, die so häufig bei sich als "alternativ" oder gar als marxistisch-leninistisch verstehenden Gruppierungen zu finden ist. Aber nach Juristen- und Polizistenlogik verhält sich sowieso nur derjenige "gesetzeskonform", der die Anweisungen der polizeilichen Einsatzleitung unter den Demonstranten verbreitet.

Weiterhin erklären die Ermittlungsbehörden jene Passage des Flugblatts zum Kriminaldelikt, in der es auf die Perspektive des Kampfes gegen den Staatsapparat und die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt zu sprechen kommt. Es wird dort hervorgehoben, daß nicht die Auseinandersetzungen hier und heute - so wichtig und lehrreich sie sind - von ausschlaggebender Bedeutung sind, sondern es letztlich darauf ankommt, das Übel bei der Wurzel zu packen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihren Staatsapparat in der proletarischen Revolution gewaltsam zu zerschlagen, um mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats eine höherstehende, dem Kapitalismus in allen Belangen überlegene sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Diese Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, ein zentrales, ja das wichtigste Anliegen der kommunistischen Literatur und Propaganda seit Marx und Engels, hat der WESTBERLINER KOMMUNIST seit seinem Bestehen wiederholt gegen die reformistische Illusionsmacherei verteidigt und betont. Wenn gerade jetzt die Strafwürdigkeit dieser Tatsache entdeckt wird, so hängt dies zum einen sicherlich mit der auf allen Gebieten voranschreitenden Faschisierung des Staatsapparats zusammen. Zum anderen ist es Ausdruck davon, daß die Verbreitung allgemeiner kommunistischer Grundsätze und Ziele mit einer klar parteilichen - aber Kritik an Inhalt und Perspektive der Kämpfe nicht ausschließenden - Solidarität gegenüber den heutigen militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei die Herren Staatsanwälte und Richter anscheinend besonders stört.

Die Bourgeoisie antwortet heute auf den

Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit Polizeiknüppeln, mit Gefängnis, dem Mord an Demonstranten und auch mit dem Versuch, revolutionäre und kommunistische Propaganda zu unterdrücken, wobei uns bewußt sein muß, daß sie ihre Mittel der Repression noch lange nicht ausgeschöpft hat. Für die Marxisten-Leninisten und alle Revolutionäre, die der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf angesagt haben, kann die Antwort darauf nur sein, was Marx und Engels vor über 100 Jahren im KOMMUNISTISCHEN MANIFEST festgestellt haben und was von bleibender Aktualität ist:

Manifest

der
Kommunistischen Partei.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Karl Marx, Friedrich Engels



(20. März 1982)